Erscheint täglich
früh 6½ Uhr

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn),
Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
in Mit-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.,
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unr. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 143. **Sonnabend** den 23. Mai 1891. **85. Jahrgang.**

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 24. Mai,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Zum **Neubau der St. Andreas-Kirche zu Leipzig** sollen die zunächst erforderlichen

Erd-, Maurer-, Steinmetz- und Zimmer-Arbeiten

auf dem Wege der **Submission** vergeben werden.

Die auf Betheiligung an diesen Submissionen reflectirenden Herren Unternehmer werden gebeten, ihre diesbezügliche **Meldungen bis spätestens den 23. Mai d. J.** in unserer Kirchen-Expedition Nordstraße Nr. 30b, part., **schriftlich** einzureichen, worauf wegen Ausfertigung der Blanketts das Weitere demnächst bekannt gegeben wird.

Leipzig, den 16. Mai 1891.

Der Kirchenvorstand zu St. Andreas daselbst.
M. Schumann, V.

Gewölbe-Vermiethung.

Im hiesigen **Rathhause** ist das **Bäckergewölbe Nr. 9 am Markt** von **1. October d. J.** ab gegen **halbjährige Kündigung** anderweit zu **vermiethen.**

Miethgesuche werden auf dem Rathhause, 1. Obergeschoß, Zimmer Nr. 8, entgegengenommen.

Leipzig, den 21. Mai 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 1409. Dr. Georgi. Kramhegel.

Wohnungsvermiethung.

Im **städtischen Feuerwehrdepot** in **Leipzig-Reudnitz, Marschallstraße Nr. 3,** ist die im **3. Stockwerk links gelegene Wohnung,** bestehend aus 4 Stuben, 1 Kammer, 1 Küche, Bodenraum und Kellerabtheilung, **vom 1. Juli d. J.** an gegen **einhalbjährige Kündigung anderweit zu vermiethen.**

Miethgesuche werden auf dem hiesigen Rathhause, 1. Stockwerk, Zimmer Nr. 8 entgegengenommen.

Leipzig, den 20. Mai 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 1436. Dr. Georgi. Wagner.

Versteigerung von Bauholz.

Am 30. Mai, Vormittags 11 Uhr, sollen auf dem **Bayerischen Bahnhofe** 27 Festmeter Binder- und Sparrenholz, von einem 31 Meter langen, im Dache 16 Meter breiten und 6,5 Meter hohen Schuppen herrührend, versteigert werden.

Weitere Auskunft ertheilt das

Königl. Abtheilungs-Ingenieur-Bureau I.
Leipzig, Bayerischer Bahnhof.

Erledigt

hat sich unsere Bekanntmachung vom gestrigen Tage, die Auffindung eines unbekannten männlichen Leichnams betr., durch Recognition des Letzteren.

Leipzig, den 20. Mai 1891.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
In Stellvertretung:
Dr. Schmid. G.

Kram-, Roß- und Viehmarkt zu Liebertwolkwitz

Mittwoch, den 3. Juni 1891.

Abgaben werden nicht erhoben.

Der Gemeinderath.
Duck.

Bekanntmachung.

Die **Lieferung** und **spätere Verlegung der Fußböden** für das neue Schulgebäude (amerikanische Kiefer pitch pine) soll in **öffentlicher Ausschreibung** vergeben werden.

Die Bedingungen, Verzeichnisse und Kosten-Anschlags-Auszüge u. s. w. sind im **Stadtbauamt** einzusehen, können auch gegen Erstattung von 1,50 ℳ (bezw. zuzüglich 20 ₰ Porto) von dort bezogen werden.

Anbietungen sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis

Freitag, den 5. Juni d. Js.,
Vormittags 11 Uhr,

auf dem **Stadtbauamt** einzureichen. Die Zuschlagsfrist wird auf 8 Tage festgesetzt.

Es bleibt ausdrücklich vorbehalten, auch sämmtliche Anbietungen abzulehnen.

Jena, den 19. Mai 1891. **Der Schulvorstand.**
Bürgermeister Singer. M.

Salisbury über die politische Lage.

Lord Salisbury, der englische Premierminister, hat vor einigen Tagen bei Gelegenheit seines Dankes für die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes der Stadt Glasgow einige Andeutungen über die politische Lage gemacht, welche der allgemeinen Beachtung werth erscheinen. Der englische Premierminister hat sich stets durch klares Urtheil über die politischen Verhältnisse ausgezeichnet, seine Aussprüche tragen das Gepräge der Unbefangenheit und der Sachlichkeit, er befindet sich dabei in einem scharfen Gegensatz zu Gladstone, dessen Unfähigkeit, die internationalen Verhältnisse richtig zu erkennen und zu würdigen, während seiner Amtsführung oft genug hervorgetreten ist. Salisbury sagte der Abordnung, welche ihm den Ehrenbürgerbrief der Stadt Glasgow überbrachte, daß Alle, die für die Leitung der europäischen Politik verantwortlich seien, den sehnlichen Wunsch hegten, die Geißel des Krieges zu vermeiden. Das ist ein großes Wort, und wenn man damit die Haltung des französischen Premierministers Freycinet vergleicht, so könnte man zu der Vermuthung kommen, daß Lord Salisbury doch wohl die Friedensliebe der leitenden Personen in Europa zu weit ausdehnt. Aber die Worte Salisbury's lassen sich dennoch aufrecht erhalten, wenn man bedenkt, daß Freycinet in Frankreich nicht allein die Entscheidung über Krieg und Frieden in der Hand hat, sondern daß es auch wesentlich darauf ankommt, wie der Präsident der französischen Republik darüber denkt und wohin die Mehrheit der Volksvertretung neigt. Ueber die Friedensliebe Carnot's kann kein Zweifel obwalten, dagegen läßt sich nicht sagen, daß die Kammern, vor die Alternative, ob Krieg oder Frieden, gestellt, nicht dem Kriege den Vorzug geben würden. In Frankreich entscheidet in dieser wichtigen Frage die Erregung des Augenblicks, besonders mit Rücksicht auf die seit 20 Jahren fortgesetzten ungeheuren Kriegsrüstungen. Irgend ein unvorhergesehener Zwischenfall kann die Leidenschaften erregen und Entschlüsse erzeugen, die mit den Wünschen und Neigungen der besonnenen Franzosen in Widerspruch stehen. Wie die Stimmung in „patriotischen" Kreisen ist, beweist eine Rede, welche einer der Veteranen von 1870/71, Capitain Thoriaux, jüngst in Belfort gehalten hat. Danach wäre der Ausbruch des Krieges nur noch eine Frage von Monaten. Solche Kundgebungen sind natürlich nicht ernst zu nehmen, aber man ersieht daraus, zu welchen Uebertreibungen der Chauvinismus des kriegslüsternen Theiles der Franzosen sich hinreißen läßt. In Belfort ist die Stimmung sehr kriegerisch, in Frankreich im Ganzen genommen friedlich.

Salisbury sprach dann von Persien und von Egypten. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß Persien mit der Zeit den Grad von Kraft erreichen werde, um den Streit christlicher Mächte um seinetwillen zurückhalten. Die Mächte, welche wegen des Besitzes von Persien in Streit gerathen könnten, sind England und Rußland, und es ist unvermeidlich, daß Persien bei dem großen Kampf der Zukunft um die Herrschaft in Asien genöthigt sein wird, Partei zu ergreifen. Schon bei dem bisherigen Vordringen Rußlands nach dem Indischen Ocean ist Persien als Grenzmacht in Mitleidenschaft gezogen worden, und Rußland hat sich noch in neuester Zeit als Widersacher von Handelsvortheilen erwiesen, die Persien England gewähren wollte. Die Entwicklung Persiens geht nur schrittweise vorwärts, trotz der großen Anstrengungen, welche der Schah Nasr-ed-din seit einer langen Reihe von Jahren gemacht hat, um Persien nach europäischem Muster umzugestalten. Der Erfolg seiner Bemühungen tritt wesentlich nur in Teheran hervor, das äußerlich einen europäischen Anstrich erhalten hat, aber die ganzen Staatseinrichtungen haben den bisherigen orientalischen Zuschnitt beibehalten, auch das Heer ist demgemäß organisirt, wenn es auch europäische Bewaffnung hat und nach europäischen Reglements einexercirt wird. Lord Salisbury hat wohlgethan, bezüglich Persiens nur Hoffnungen zu äußern, denn weiter gehende Aussprüche würden nur zu bald durch die Thatsachen ihre Widerlegung finden. Die Frage, ob Persien wiederbelebungsfähig ist, muß einstweilen noch als eine offene betrachtet werden, irgend welche Beweise von Belang sind dafür bisher nicht erbracht, im Gegentheil bleiben die Leistungen des immerhin großen Gebietes weit hinter bescheidenen Anforderungen zurück, der Stoff hat sich für die Bestrebungen des Schahs als zu spröde erwiesen, der Gesammteindruck des heutigen Persiens ist der des Niederganges und der Unmöglichkeit, aus den Ruinen neues Leben zu erwecken.

Dagegen haben wir es in Egypten mit Thatsachen zu thun. Salisbury sagt mit Recht, daß ein ähnlicher Vorgang wie der in Egypten seit drei Jahren beobachtete kaum jemals wo innerhalb des letzten Menschenalters stattgefunden habe. Egypten hat sich unter der englischen Verwaltung so sehr gehoben, besonders seine Wohlhabenheit hat in einem Grade zugenommen, daß sich daraus ein sehr günstiger Schluß auf seine sonstigen Verhältnisse rechtfertigt. Egypten hat sich auch widerstandsfähig erwiesen, die Versuche der Mahdisten, die Sicherheit des Landes in Frage zu stellen, und die Bemühungen Osman Digma's, Suakim zu erobern, sind an der Widerstandsfähigkeit der egyptischen Truppen gescheitert. Sonst galten die egyptischen Truppen als feiges Gesindel, das bei der ersten Salve der Gegner die Flucht ergreift, wie es zur Zeit Arabi Bei's geschah, heute sind die egyptischen Soldaten Feinde, welche sich Achtung erzwungen haben, und unter deren Bereitschaft das Aufgeben des Sudans niemals möglich gewesen wäre. Allerdings würde es unter solchen Umständen den Engländern auch nicht gelungen sein, Egypten so leicht zu besetzen, wie es unter Wolseley's Führung geschehen ist.

Lord Salisbury hat die Frage, ob die Besetzung Egyptens aufrecht zu erhalten sei, nicht berührt, und er hat wohl daran gethan, denn seine Worte führen mit Nothwendigkeit zu der Folgerung, daß ein so gut im Gange befindliches Staatswesen der Unterstützung einer auswärtigen Macht nicht mehr bedürfe. Es ist unzweifelhaft, daß England seine Oberherrschaft über Egypten gutwillig niemals aufgeben wird, aber es ist wahrscheinlich, daß es die Behauptung seiner Stellung in Egypten nur durch schwere Kämpfe erreichen wird. Frankreich hat die Schutzherrschaft, welche England über Egypten seit neun Jahren ausübt, stets mit eifersüchtigen Augen betrachtet, obwohl es an seiner Ausschließung von den Vortheilen der Besetzung Egyptens selbst schuld ist. Aber gerade deshalb hält es um so hartnäckiger an dem Einfluß fest, den es schon bei Anlage des Suez-Canals auf Egypten anstrebte. England benutzte die Gelegenheit im Jahre 1882, als die Verwirrung in Egypten ihren Höhepunct erreicht hatte, um dem unhaltbaren Zustande des Landes durch Besitznahme desselben ein Ende zu bereiten, aber Gladstone, der damals an der Spitze der Geschäfte stand, that die Arbeit, welche er unternommen und die so leicht in Angriff genommen wurde, nur halb. Er gab den Sudan auf und schuf dadurch eine Reihe von Niederlagen für England, deren Schmach so leicht nicht auszulöschen ist. Der Untergang des Unternehmens von Hicks Pascha bei El Obeid und die Ermordung Gordons sind dunkle Puncte in der englischen Politik und werden es bleiben.

Frankreich hat den günstigen Augenblick, um England aus Egypten zu vertreiben, ungenutzt vorüber gehen lassen; dieser Macht war es hauptsächlich darum zu thun, das deutsch-englische Abkommen in Afrika durch ein möglichst vortheilhaftes Arrangement im Norden dieses Erdtheiles, durch welches das Hinterland von Algier und Tunis bis zum Tschadsee ausgedehnt wurde, auszugleichen. Das war der Preis, den Frankreich für die Zustimmung der dauernden Besetzung Egyptens durch England empfangen hat. Es scheint kein directer Vertrag darüber geschlossen zu sein, denn sonst würde der Widerspruch Frankreichs gegen das fernere Verbleiben Englands in Egypten nicht zu erklären sein, aber der Widerstand Frankreichs gegen die endgültige Dauer dieses Zustandes ist gebrochen.

*

Leipzig, 23. Mai.

* Zu der von einer Telegraphen-Agentur verbreiteten Nachricht, daß General v. Bülow, Graf Waldersee oder Fürst Radolin nach Paris gehen würden, um dort den Grafen Münster auf dem Botschafterposten zu ersetzen, sagt die „Nordd. Allg. Ztg.": Wir neigen der Ansicht zu, daß diese Nachricht, wenn sie diese drei Namen nennt, lediglich auf Combinationen beruht und der thatsächlichen Unterlage entbehrt.

* Major v. Wissmann, der bisherige Reichscommissar von Deutschostafrika, ist am 18. d. M. an Bord des deutschen Reichspostdampfers „Reichstag" in Neapel gelandet und dürfte inzwischen wieder auf heimathlichem Boden eingetroffen sein. Herr v. Wissmann ist nur zu einem dreimonatigen Erholungsurlaub nach Deutschland gekommen. Nach Ablauf desselben begiebt er sich nach Ostafrika zurück, um dort als „kaiserlicher Commissar zur Verfügung des Gouverneurs" thätig zu sein. Herr von Wissmann wird sodann voraussichtlich das Dampferunternehmen nach dem Victoria Nyanza durchführen, zu dessen Vorbereitungen bereits vier der tüchtigsten bisherigen Officiere der Schutztruppe engagirt sind.

* Das nach Chile beordertte Kreuzer-Geschwader wird sich demnächst auf dem letzten Wegeabschnitte dahin befinden. Briefe für das aus der Kreuzerfregatte „Leipzig" und den Kreuzercorvetten „Alexandrine" und „Sophie" bestehende Geschwader sollen nur mehr bis zum 22. d. M. nach San Francisco, von da ab bis auf Weiteres nach Panama dirigirt werden. Die Fahrt von San Francisco nach Panama nimmt etwa drei Wochen, die Strecke von Panama nach Valparaiso eine nur um Geringes kürzere Zeit in Anspruch. Danach könnten unsere Schiffe etwa zu Anfang Juli sich in den chilenischen Gewässern befinden.

* Die „Börsen-Zeitung" will erfahren haben, daß der Präsident der königlichen Eisenbahn-Direction in Hannover, Herr Thielen, abgelehnt habe, als Nachfolger des Herrn von Maybach das Portefeuille des preußischen Ministeriums der öffentlichen Arbeiten zu übernehmen. In Folge dieser Ablehnung solle nunmehr der Geh. Ober-Regierungsrath Bensen, Vorsitzender des königlichen Eisenbahn-Commissariats in Berlin, die meisten Aussichten haben, der Nachfolger des Herrn von Maybach zu werden. Herr von Maybach habe selbst die Aufmerksamkeit auf Herrn Bensen gelenkt.

* Die „Berl. Polit. Nachr." schreiben: Der Nothstandscredit, welcher durch Gesetz vom 11. Mai 1888 in Preußen aus Anlaß der Hochwasserverheerungen des damaligen Frühjahrs in Höhe von 34 Millionen Mark bewilligt ist, wurde demnächst auch auf die im Hochsommer desselben Jahres eingetretenen Hochwasserschäden, namentlich im schlesischen Gebirge, ausgedehnt. Seitdem hat die Staatsregierung nicht nur selbst keine Initiative zu Schritten ähnlicher Art wieder ergriffen, sondern sich auch gegenüber Versuchen, eine Zweckerweiterung jenes Credits aus der parlamentarischen Initiative herbeizuführen, wie sie namentlich gegen Schluß der Landtagssession 1889 aus Anlaß der Hochwasserschäden des damaligen Frühjahrs hervortraten, ablehnend verhalten. Die Staatsregierung ging dabei von dem Gesichtspuncte aus, daß sich aus principiellen und praktischen Gründen außerordentliche Maßnahmen, wie die Bewilligung eines Nothstandscredits, nur in Fällen ganz außergewöhnlich schwerer und nicht auf einzelne Landestheile oder Orte beschränkter Nothstände rechtfertigen. Wo Hochwasserschäden dagegen nicht den Charakter einer allgemeinen Landescalamität annehmen, sei, soweit nicht die private Hilfsthätigkeit unter Zuhilfenahme der hierzu geeigneten Statsfonds ausreiche, es Sache der zunächst betheiligten öffentlichen Körperschaften, also der Gemeinden, des Kreises, der Provinz, Hilfe zu leisten und die Beseitigung von Nothständen herbeizuführen. Die Erfahrungen, welche bezüglich der Verwendung des Nothstandsfonds von 1888 gemacht sind, haben die Staatsregierung in dieser ihrer Auffassung nur bestärken können, und es liegt kein Anlaß zu der Annahme vor, daß die Staatsregierung gegenüber den im Abgeordnetenhause jetzt eingebrachten Anträgen auf Verwendung der Restbestände des Nothstandsfonds für die 1890 bezw. im laufenden Frühjahr überschwemmten Gegenden eine andere als eine ablehnende Stellung einnehmen werde.

* Am 9. Juni soll im Reichsamt des Innern eine Handwerkerconferenz zusammentreten. Die Conferenz hat einen amtlichen Charakter, ähnlich wie der Colonialrath, dessen Einberufung am 1. Juni bevorsteht. Die Mitglieder werden vom Reichskanzler ernannt. Die vom Centralausschuß der vereinigten Innungsverbände vorgeschlagene Liste enthält einige zwanzig Namen, die, soweit sie in größeren Kreisen bekannt sind, die oft erörterten zünftlerischen Forderungen in weitgehendem Maße vertreten. Auch die als Tagesordnung für die Conferenz vorgeschlagenen 16 Gegenstände lassen deutlich erkennen, daß man diese Versammlung für Innungsinteressen und Zunftprivilegien stark auszunutzen gedenkt. Wir finden unter diesen Verhandlungsgegenständen den Befähigungsnachweis, die Berechtigung zur Führung des Meistertitels, die Beschränkung des Hausirwesens, der Waarenabzahlungsgeschäfte, des Reclamewesens, die auf die Zersetzung des selbstständigen Handwerkerthums hinwirkenden Einrichtungen der Consumvereine, namentlich der Officier- und Beamtenconsumvereine, dazu eine Reihe die Förderung der Innungen, die Erweiterung ihrer Befugnisse u. dergl. in sich schließende Fragen. Inwieweit das Reichsamt des Innern diesen Bestrebungen seine Unterstützung gewährt, und ob diese Berathungen zu gesetzgeberischen Maßnahmen Anstoß geben werden, wird man nun freilich abwarten müssen.

* Im preußischen Abgeordnetenhause wird in der nächsten Woche, abgesehen von kleineren Geschäften, die dritte Etatsberathung und vielleicht auch noch die vom Herrenhause herübergekommene Landgemeindeordnung erledigt werden können. In der darauf folgenden Woche soll alsdann die Sperrgeldervorlage auf die Tagesordnung gesetzt werden.

* In Berlin spricht man davon, daß der Oberbürgermeister Forckenbeck zum Herbst um seine Pensionirung nachsuchen werde. Seit der vorjährigen Influenza fühlt er sich bei seinem vorgeschrittenen Alter nicht mehr rüstig genug für die große Amtslast. Ebenso wird von dem Rücktritt des ersten Bürgermeisters Duncker gesprochen, der sich gleichfalls als hochbetagter Mann nach Ruhe sehnt. Dem entsprechend stehen für das Gemeindeleben der Reichshauptstadt im nächsten Herbst wichtige Entscheidungen bevor.

* Einer telegraphischen Meldung zufolge hat der Sultan von Zanzibar am 20. Mai den ihm am Tage vorher gemachten Besuch des deutschen Gouverneurs Freiherrn v. Soden erwidert. Dieser Vorgang entbehrt nicht des politischen Hintergrundes und giebt ein sprechendes Bild von der seit vorigem Jahre veränderten Lage daselbst. Es dürfte noch nicht vorgekommen sein, daß der Sultan von Zanzibar einen dortigen deutschen (oder anderen) Vertreter in dieser Form einen Gegenbesuch gemacht hat. Bis zum Jahr 1890 war der Sultan ein ganz selbstständiger Fürst und wurde demgemäß von allen Mächten behandelt; er empfing die Vertreter der europäischen Staaten, welchen Titel und Rang sie auch haben mochten, in seinem Palaste; damit war der Form genügt. Jetzt ist er ein Vasall Großbritanniens, der vor anderen im gleichen Verhältnisse stehenden afrikanischen Fürsten nicht mehr hervortritt. Auf der anderen Seite haben sich auch fast alle Bedingungen geändert. Deutschland wird durch einen das Excellenz-Prädicat führenden Gouverneur vertreten und außerdem ist die Küste und das Hinterland endgiltig in den Besitz des Deutschen Reiches übergegangen, während der Sultan vor einem Jahre noch den Küstenstrich anerkanntermaßen besaß und andere deutsche Erwerbungen bestritt. Der Gouverneur erschien daher als der Vertreter eines Souveräns, dessen Gebiete die unmittelbare Nachbarschaft Zanzibars bilden; im vorigen Jahre konnten die deutschen Beamten, auch der Reichscommissar, vom zanzibarischen Standpuncte aus noch als nur zugelassen angesehen werden. Heute sind klare Verhältnisse vorhanden, Deutschland ist im unbestrittenen Besitz des Zanzibar gegenüberliegenden Festlandes; der Gouverneur desselben steht in einem ganz anderen Verhältnisse zu dem Schutzbefohlenen Englands in Zanzibar. Das hat der Sultan, der, wie alle Araber, sehr auf Formen hält und für solche Aeußerlichkeiten eine ausgezeichnete Empfindung hat, durch seinen Gegenbesuch anerkannt.

* Die Reise des Präsidenten Carnot vollzieht sich ohne alle Zwischenfälle, und während selbst die Monarchisten und die Geistlichkeit sich einstellen, um ihm ihre Huldigungen darzubringen, halten sich die Revolutionaire, Boulangisten und Anarchisten in weiter Entfernung. Auch der Versuch der revolutionairen Blätter, die Unzufriedenen zu Kundgebungen gegen den Carnot begleitenden Constans aufzureizen, haben keinen Erfolg gehabt, und allem Anschein nach wird Carnot nach seiner Rückkehr mit voller Genugthuung auf seine Reise zurückblicken können. Sie ist nicht nur für ihn persönlich ein Erfolg, sondern auch für die Republik, deren Gegner zwar nicht verschwunden sind, aber in richtiger Erkenntniß der Zeit und ihrer Ohnmacht auf angriffsweises Vorgehen verzichten.

* In der bekannten Angelegenheit des rauchlosen Pulvers richtete in der französischen Deputirtenkammer der Deputirte Le Hériffé eine Anfrage an die Regierung, betreffend die Lieferung von rauchlosem Pulver, sowie den Ankauf von Armstrong'schen Kanonen. Der Marineminister Barbey stellte die Lieferung rauchlosen Pulvers entschieden in Abrede. Der Ankauf zweier Armstrong'schen Kanonen sei nur erfolgt, um dieselben mit den französischen Kanonen zu vergleichen. Der Deputirte Gerville-Réache verlangte die Umwandlung der Anfrage in eine Interpellation und behauptete, es sei rauchloses Pulver im Hause Armstrong's gesehen worden. Der Ministerpräsident Freycinet erwiderte, es handle sich dabei um eine Pulvergattung, wie sie tagtäglich im Handel zu haben sei. Gerville-Réache unterzog im Anschluß an den behaupteten Ankauf Armstrong'scher Geschütze die Verwaltung der Marine im Allgemeinen einer längeren Kritik und beantragte schließlich eine motivirte Tagesordnung. Der Marineminister Barbey verlangte dagegen die einfache Tagesordnung, welche von der Deputirtenkammer auch angenommen wurde.

* Ueber San Francisco sind neue Nachrichten aus Chile eingetroffen, und dorthin überbracht durch die „Chilian Times". Nach derselben ist neuerdings ein Uebereinkommen zwischen Deutschland und England getroffen, nach welchem letzteres die deutschen Interessen bis zum Eintreffen der drei deutschen Kriegsschiffe unter seinen Schutz nimmt. Dasselbe Blatt berichtet von einer Genugthuung für die englische und deutsche Flagge, welche dem der chilenischen Congreßpartei gehörigen Kriegsschiff „Blanco Encalada" abgenöthigt worden, kurz bevor dasselbe in die Luft gesprengt wurde. Der Anlaß scheint der „Rajah"-Fall gewesen zu sein. Der britische Admiral stellte den „Blanco Encalada" vor die Alternative, entweder ungesäumt volle Genugthuung zu geben oder aber sich auf einen Kampf gefaßt zu machen. Die Ueberreichung des Ultimatums war eine halbe Stunde vor Mittag erfolgt. Mit dem Glockenschlage Zwölf zog der „Blanco Encalada" über der Congreßflagge die britischen und deutschen Farben auf und feuerte einen Königssalut ab.

* Aus Petersburg wird der „Kölnischen Zeitung" geschrieben: Es ist auffällig, wie enger sich seit der letzten Zeit die Beziehungen der hiesigen ersten Gesellschaft zu der französischen gestalten. Seit vorigem Herbst haben wir fortwährend Franzosen in den hiesigen Salons, Officiere, verabschiedete Minister, Senatoren, Künstler, in solcher Zahl, wie sie früher nicht gesehen wurden. Im Juni wird der Zar die französische Ausstellung in Moskau besuchen; vorher wird aber das französische Geschwader in Kronstadt eintreffen und dessen Officiere sowie die mitgeführten französischen Gäste werden dann zur gleichen Zeit wie der Zar Moskau besuchen, wodurch natürlich der Franzosencultus bedeutend gefördert werden wird. Bisher hatten viele aus der Gesellschaft sich gescheut, zu offen mit ihrer Freundschaft zum republikanischen Frankreich hervorzutreten; jetzt aber, wo der Zar durch Verleihung des Andreas-Ordens an Carnot, durch die außergewöhnliche Liebenswürdigkeit, die er dem französischen Militairbevollmächtigten bei dessen Abgang erwies, sowie durch die gleiche, die er allen französischen Gästen zu Theil werden läßt, endlich aber durch den bevorstehenden Besuch der französischen Ausstellung selbst mit dem Beispiel der Franzosenfreundlichkeit vorangeht, ist natürlich die gesammte russische Gesellschaft bemüht, mit dem Zaren zu wetteifern; denn Franzosenhuldigung gehört nunmehr zu den Eigenschaften des russischen Patriotismus. In sonst gut unterrichteten Kreisen verlautet, das französische Geschwader würde auch 200 000 Gewehre mitbringen; doch ist das nur ein hier allerdings mit voller Bestimmtheit auftretendes Gerücht.

* Wie der „Hannov. Kurier" erfährt, soll der Zar über die Rothschild's wegen der Verschiebung der russischen Anleihe sehr erbittert sein und denselben die amtliche Genehmigung zur Ausbeutung der Naphthaquellen im Kaukasus entziehen wollen.

SLUB
Wir führen Wissen.